

D r . G ü n t e r B r i e s e

1969



2009

Prom. als Externer mit Untersuchungen zur Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen

Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Vier Jahrzehnte Autor
zu Volkswirtschaftsthemen
in zwei Wirtschaftssystemen

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz

Konsistorium

Theologischer Grundsatzreferent

Herrn Pfr.Dr.Eckhard Zemmrich

Georgenkirchstraße 69

1 0 2 4 9 B e r l i n

- 1969/70 Leiter priv. interdisziplin. Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ASMW Berlin mit den Co-Autoren: Dr.Wilfried Schaaß, Zentrallabor. f. Plastverarb. Leipzig, Dipl.-Phys.Dieter von Straußwitz, Techn. Univers. Dresden
- 1966 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Austauschbau Plastverarbeitung um 1975 Analyse des volkswirtschaftl. Fünfjahresplanes der Sowjetunion in Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Univ. Berlin
- 1980 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Zuverlässigkeit MSR-Geräteind.
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plan- zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentr. Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations- Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) zur Bewältigung der Globalisierung noch vor EURO-Einführung (Tobin-Steuer an Oppos.-Parteien Bundestag)
- 2003/04 Vorschläge zur Einführung des BSP als volkswirtschaftliche Kenngröße als Beitrittskriterium zur EURO-Zone, an die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg
- 2008/09 Vorschläge zu kurz- und längerfristigen Maßnahmen zu einer Bewältigung der Welt- Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

Eichwalde, den 13.Mai 2012

Az.: Io + EG

Sicherstellung kirchlicher Gemeindegemeinschaft
sowie von Gesundheit und Leben der Bürger im BER-Umfeld
vor gesundheitlichen und anderen Belastungen
durch eine Inbetriebnahme der BER-Südbahn;
B i t t e um vorherige kirchliche ökumenische Intervention,
Ihr Schreiben vom 2.Mai 2013

Sehr geehrter Herr Pfr. Dr.Zemmrich,

für Ihr vorgehen. Schreiben i.A. von Herrn Bischof Dr.Markus Dröge danke ich Ihnen.
Es freut mich, daß im Ständigen Ausschuß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung die BER-Problematisierung beraten werden soll, wie ich hoffe zur rechten Zeit und in ökumenischer Zusammenarbeit zur Erhöhung der Wahrscheinlichkeit des Erreichens einer Lösung gemäß den zeitlichen und gesundheitlichen Erfordernissen objektiver Art.

Eine solche Lösung zu befördern möchte ich mich durch Übersendung weiterer Anlagen mit aktuellem Bezug bemühen.

Sie werden aus diesen Anlagen ersehen können, wie wenig erfordernisgerecht bisherige Aktivitäten Verantwortlicher waren und welche Erfordernisse nun daraus resultieren sowie auch, daß das Anliegen von Bürgergruppierungen im BER-Umfeld nicht nur Kritik, sondern auch Hilfestellung bei der Problemerkennung sowie Hilfestellung bei einer rechts- wie sachkonformen Lösung der Probleme war und ist.

Es spricht wohl für sich, daß nun 85% aller BER-Anlieger selbst nach offiziellen Verlautbarungen keine Aussicht auf den gerichtlich angeordneten Schallschutz haben; wobei dieser, auch nach Ansicht vieler Fachleute, noch im Schutzniveau zu gering bemessen ist.

Dann aber kann und darf dieser BER-Standort keinen Bestand haben. Und dies, obwohl dabei wirtschaftliche Überlegungen durchaus nicht ausgeblendet wurden:

Die derzeitigen durch die Presse aktuell bekanntgemachten Spannungen im BER-Aufsichtsrat (siehe heutige MÄRKISCHE ALLGEMEINE) dürften m.E. primär aus der aussichtslosen Situation resultieren, finanziell, rechtlich und gesundheits-, umwelt- wie kommunikationsbezogen gleichermaßen.

Mit den besten Wünschen für den Erfolg kirchlicher Arbeit zu diesem Problemkreis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Anl. gem. Anlagenverzeichnis - 2 -

A n l a g e n v e r z e i c h n i s
zum Schreiben vom 13.Mai 2013 an das Konsistorium der
Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
(fortlaufend zu meinem ersten Schreiben nummeriert) :

- Anl.17: Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 25.April 2013,
Anspruch von Anwohnern des Flughafens Berlin-Brandenburg auf uneingeschränkten Schall-
schutz am Tage - 13/13
- Anl.18: Presseerklärung vom 27.April 2013, "Fluglärm-Urteil - Grund zum Jubeln? ..."
- Anl.19: BVBB-Beitrag vom 19.Juni 2012, "BVBB: Landesregierung belog Bundesverwaltungsgericht"
(mit BVG-Protokoll-Auszug S.7 als Beweis)
- Anl.20: BVBB-Beitrag vom 20.Juni 2012, "BVBB: Flughafen wollte Schallschutzaufgaben nie erfül-
len"
- Anl.21: MAZ-Beitrag vom 25./26.02.2012 "Demokratisches Feigenblatt" mit Manuskript
"BER-Feigenblatt Fluglärmkommission - ..." des Verfassers (zur Täuschung der Bürger)
- Anl.22: Schreiben von Dr.G.Briese vom 24.August 2012 an die Staatskanzlei Brandenburg,
"Einforderung von grundgesetzlichen Bürgerrechten beim BER-Projekt mit Bezugnahme auf
die Landtags-Sondersitzung am 21.August 2012 nebst Anlagen:
- Was heißt eigentlich "betroffen"?, Dr.Ekkehard Schulz in LiDa08/2012 S.5 und
- Presse-Erklärung zur Landtags-Sondersitzung zum BER am 21.August 2012,
Bürgerinformationsbedarf und Bürgerprobleme ohne Auswirkungen auf Regierungshandlungen"
- Anl.23: Schreiben von Dr.G.Briese vom ~~5.Aug.~~ 2012 an die Landesregierung Brandenburg
z.Hd. Herrn Minister Vogelsänger (zu **Erfordernissen des Regierungs-Handelns**)
mit den Anlagen:
- "Welche Grundlagen sind für Lärmschutzmaßnahmen objektiv anzuwenden? ...",
- "Fakten und Ziele zur Verschlechterung des BER-Schallschutz-Niveaus entgegen
wissenschaftlichen Erkenntnissen ...",
- "Anonyme Roßtäuscher auf artfremdem Gebiet zu Werke? ..."
sowie das Bezugs-Schreiben vom 1.Juni 2012 aus dem MLL Brandenburg an mich
- Anl.24: BVBB-Beitrag vom 6.Mai 2013, "Berlin liegt näher bei Athen als vermutet -
Ramsauer in Erklärungsnot", von Kr.-P.Stange
- Anl.25: Schreiben von Dr.G.Briese vom 17.September 2012 an die Staatskanzlei Brandenburg
mit der Anlage
"Berechnungs-Hinweise für die Berechnung von Spitzenlärmpegel-Isophonen für das BER-
Umfeld mit Bezug auf die 247.DVO zur LuftVO sowie den Ergebnissen des 115.Deutschen
Ärztetages, Mai 2012" - dieser Vorschlag ist m.W. z.Zt. der einzige vorliegende
zur EU-rechtskonformen Berechnung von BER-Schallschutzzonen; eine Antwort hierauf
wurde mir im Gespräch am 11.Mai 2013 seitens Frau Staatssekretärin Tina Fischer nach
der Beratung des Landtags-Sonderausschusses am 14.Mai 2013 angekündigt.
Der Vorschlag dürfte allerdings das abschließende Urteil zum BER gem. dem vorliegenden
Schreiben an das Konsistorium bestätigen.